

Studiengebühren | 17.01.2013 | Lesezeit 3 Min.

Bayern begehrt auf

Ein Bündnis aus Freien Wählern, Sozialdemokraten und Grünen will die Studiengebühren in Bayern kippen. Dass die Campus-Maut abschreckend wirkt, ist allerdings nicht erwiesen. So hat sich im Freistaat seit Einführung der Studienbeiträge kaum etwas an der sozialen Herkunft der Studenten geändert.

Zwischen 300 und 500 Euro müssen Studenten in Bayern pro Semester berappen – noch. Denn am 17. Januar startet im Freistaat ein Volksbegehren gegen Studiengebühren. Wenn sich bis zum 30. Januar mehr als 10 Prozent der Wahlberechtigten – also mindestens 940.000 Männer und Frauen – in die Unterschriftenlisten eintragen, gibt es innerhalb von drei Monaten einen Volksentscheid, bei dem die Bürger darüber abstimmen, ob in Bayern künftig weiterhin Studienbeiträge erhoben werden oder nicht.

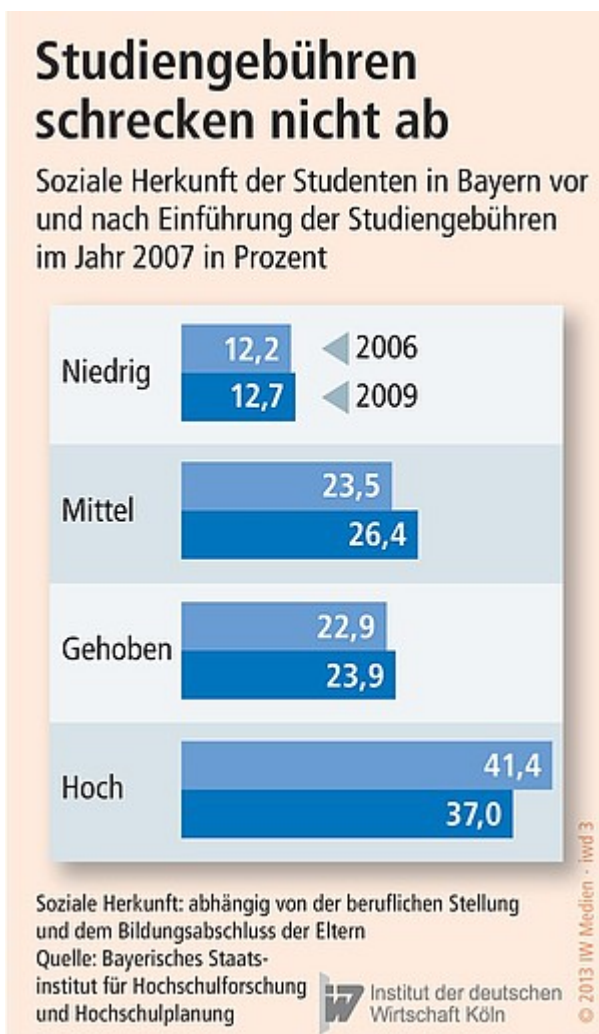
Doch so weit wird es vermutlich nicht kommen. Denn CSU-Ministerpräsident Horst Seehofer hat schon angekündigt, die Campus-Maut für den Fall, dass das Volksbegehren erfolgreich verläuft, wieder abzuschaffen – dabei war es seine Partei, die die Studiengebühren 2007 in Bayern eingeführt hat.

Im Studienjahr 2011 kamen im Freistaat durch den Studenten-Obolus 182 Millionen Euro zusammen. Mehr als die Hälfte davon (52 Prozent) gaben die Hochschulen für die Lehre aus, vor allem für mehr Personal. Zweitgrößter Ausgabeposten war die Infrastruktur (32 Prozent), investiert wurde vor allem in Bibliotheken und in die Datenverarbeitung. Rund 10 Prozent der Studiengebühren flossen in den Studentenservice, zum Beispiel in die Studienberatung und in studentische Projekte. Weitere 4 Prozent gingen in die Verwaltung der Beiträge und knapp 2 Prozent in den Sicherungsfonds für Darlehen, mit denen Studenten die Gebühren finanzieren können.

Wenn die Studiengebühren gestrichen werden, will die Landesregierung den Hochschulen die entgangenen Mittel ersetzen. Genau so läuft es in den anderen fünf Bundesländern, in denen die Gebühren bereits abgeschafft wurden.

„Studienbeiträge sind sozial ungerecht und wirken sozial selektiv“, lautet das Hauptargument der Gebührengegner. Genau das konnte allerdings bislang keine Studie wirklich untermauern – weder bundesweit noch für einzelne Bundesländer. Auch in Bayern hat die Einführung von Studienbeiträgen im Jahr 2007 nicht zu einer sozialen Auslese geführt, wie Daten des Bayerischen Staatsinstituts für Hochschulforschung und Hochschulplanung zeigen (Grafik):

Zwischen 2006 und 2009 ist sowohl die Zahl der Studenten in Bayern insgesamt gestiegen als auch der Anteil des akademischen Nachwuchses aus den unteren Herkunftsmilieus.



Auch der Anteil der Bafög-Bezieher an allen Studenten hat sich in diesem Zeitraum

kaum verändert. Die größten Verschiebungen gab es ausgerechnet bei den Studenten, die eine hohe soziale Herkunft aufweisen: Ihr Anteil an den bayerischen Hochschulen nahm zwischen 2006 und 2009 um 4,4 Prozentpunkte ab.

Offensichtlich ist es in Bayern also gelungen, die Einführung der Studiengebühren sozial abzufedern. Dazu dürften mehrere Regelungen beigetragen haben:

1. Im Freistaat müssen sich Studenten mit maximal 15.000 Euro Bafög- und Studiengebührendarlehen verschulden. Mit dieser Kappungsgrenze sorgt Bayern dafür, dass die finanziellen Belastungen für Studenten nicht untragbar werden.
1. Studienabsolventen haben 25 Jahre Zeit für die Rückzahlung der Studiendarlehen. Abgestottert werden muss erst ab einem Einkommen von 1.670 Euro netto im Monat - diese Grenze steigt um weitere 535 Euro für einen nicht verdienenden Ehepartner und 485 Euro für jedes Kind.
1. Studenten, die aus kinderreichen Familien kommen, studierende Geschwister haben, sich in einer Praxisphase befinden oder besondere Studienleistungen erbringen, erhalten einen Gebührenerlass. Im Wintersemester 2011/2012 zahlte deshalb fast jeder dritte Student in Bayern keine Studienbeiträge.

Kernaussagen in Kürze:

- Seit Einführung der Studienbeiträge im Freistaat Bayern hat sich kaum etwas an der sozialen Herkunft der Studenten geändert.
- „Studienbeiträge sind sozial ungerecht und wirken sozial selektiv“, lautet das Hauptargument der Gebührengegner.
- Zwischen 2006 und 2009 ist sowohl die Zahl der Studenten in Bayern insgesamt gestiegen als auch der Anteil des akademischen Nachwuchses aus den unteren Herkunftsmilieus.